

Informationsgesellschaft Schweiz: Wo stehen wir, wohin gehen wir? oder: Die Informationsgesellschaft und ihre Feinde

Der Autor ist Mitarbeiter bei der Prognos, Bereich Medien und Kommunikation, in Basel. Er hat als Projektleiter einer Studie zur Bestandesaufnahme und den Perspektiven der Informationsgesellschaft in der Schweiz einen massgeblichen Input zum Bericht „Für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz“ der Groupe de Réflexion an den Schweizerischen Bundesrat geleistet.

1. Zum Begriff „Informationsgesellschaft“

Über den Begriff der Informationsgesellschaft besteht **keineswegs Klarheit** oder gar Übereinstimmung. In den vielen Berichten, die seit 1993 entstanden sind, in dem Jahr als die US-Regierung den Bericht „National Information Infrastructure – Agenda for Action“ veröffentlichte, tauchen die **verschiedensten Begriffsdefinitionen** auf. Im kanadischen Bericht etwa wird die Informationsgesellschaft als das bezeichnet, was alle darunter verstehen und noch viel mehr. In einem Bericht, den die Regierung Grossbritanniens 1997 vorlegte, wird mit der Informationsgesellschaft die Fähigkeit bezeichnet, riesige Mengen von Informationen und Unterhaltung erschliessen zu können, mit ihnen zu interagieren, sie zu verändern und das alles auch noch in der mobilen Anwendung.

Prognos hat in dem Bericht „Informationsgesellschaft Schweiz – Bestandesaufnahme und Perspektiven“ (Basel 1997) folgende **Definition** vorgeschlagen:

Von einer Informationsgesellschaft kann dann gesprochen werden, wenn ein wesentlicher Teil des Lebens und Arbeitens aus der Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung und Nutzung von Information besteht.

Ob allerdings eine Informationsgesellschaft ein gesellschaftspolitisch wünschenswertes Ziel darstellt, bleibt von dieser Definitionsfrage ausgeschlossen. Fest steht, dass das Abdanken der Schwerindustrie als **Zugpferd der Konjunktur** in Verbindung mit der neo-liberalen Wirtschaftspolitik und den politischen Folgen tatsächlich Bedarf an Neuorientierung in gesellschaftspolitischer Hinsicht hinterlässt. Sowohl die US-amerikanische „Agenda for Action“, als auch der „Bangemann-Bericht“ (Europäische Union 1994), als auch der Nachvollzug auf nationaler Ebene erweisen sich als Lotsen auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft. Die Schweiz hat im Juni 1997, also mit dreijähriger Verspätung gegenüber den USA, ebenfalls einen Beitrag zur Bestimmung der Informationsgesellschaft geleistet. Die vom Bundesrat eingesetzte „Groupe de Réflexion“ legte einen Expertenbericht vor, der aber in seiner Substanz unbestimmt bleibt und keine operativen Handlungsvorschläge unterbreitet.

Gemeinsam ist allen diesen Berichten, dass die **Information als Motor einer neuen Gesellschaftsform** angesehen wird, dass ein Paradigmenwechsel vom Paradigma der

Industrie zum Paradigma der Information stattfindet, dass positive volkswirtschaftliche Effekte beschworen werden, womit sich die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze verbindet. Die Berichte lassen aber die Frage unberührt, ob die Informationsgesellschaft überhaupt ein gesellschaftspolitisches Konzept darstellt, sie antworten nicht auf die drängenden Fragen, ob in einer Informationsgesellschaft mehr Verteilungsgerechtigkeit herrschen werde, und ob grundsätzlich mehr Freiheit im gesellschaftspolitischen Umfeld möglich wird.

2. Beweggründe für das Vorantreiben der Informationsgesellschaft

Um das Entstehen einer Informationsgesellschaft zu begünstigen, sind gesellschaftliche Notwendigkeiten ebenso erforderlich, wie politische Willensbekundungen. In dem bereits erwähnten Bericht der britischen Regierung (1997) werden die **Vorteile einer Informationsgesellschaft** umschrieben mit einem Mehr an Komfort, an Kontrolle, an Auswahl und an Qualität, die zur rechten Zeit durch die neuen Informationstechnologien bereitgestellt wird. Darüber hinaus soll der industrielle Standort dadurch gestärkt werden, dass die neuen Technologien die Geschäftsabwicklung vereinfachen und die Informationsdichte und Informationsverfügbarkeit deutlich erhöht werden, was auch eine effizientere Verwaltung ermöglicht.

Nicht nur die **Wettbewerbsfähigkeit**, sondern auch die **Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen** bildet ein Kernelement für die politische Unterstützung des Übergangs zu einer Informationsgesellschaft. Als qualitativ hochstehende Arbeitsplätze sind diejenigen zu betrachten, die einen hohen Wertschöpfungsanteil ermöglichen und hohe Löhne rechtfertigen.

Kurzum, **Standortpolitik, Wettbewerbsfähigkeit** und das **Angebot an Arbeitsplätzen** führt zu einer politischen Einschätzung, wonach die Informationsgesellschaft selbst als Wachstumsbranche zu qualifizieren sei, deren Einführung der politischen Begleitung bedarf.

3. Betroffenheit des Mediensektors

Von der möglichen Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sind die einzelnen Branchen unterschiedlich betroffen. Zu

